



Dietmar Danz
✉ Nußbaumstraße 44
53359 Rheinbach
☎ 02225 7089682
@ info@dietmar-danz.de
🏠 www.dietmar-danz.de
f facebook.com/
Dietmar Danz

Rede anlässlich der Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 mit Haushaltssicherungskonzept 2020 - 2021 am 01.04.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

„Salus suprema lex!“. Diese lateinische Formulierung steht über vielen Eingangstüren zu Ratsälen in vielen deutschen Städten. In Rheinbach nicht, aber beispielsweise in Wuppertal, meiner Geburtsstadt. „Suche der Stadt Bestes“, so die freie Übersetzung. Und genau diesem Leitspruch fühlt sich die SPD Rheinbach verpflichtet: Politik für die in Rheinbach lebenden Menschen zu initiieren und zu gestalten. Unser Anspruch ist es nicht, Politik zu verwalten, sondern durch eigene Akzentsetzung zu einer positiven Weiterentwicklung unserer Gemeinschaft beizutragen. Diesen Anspruch erkenne ich nicht bei allen Fraktionen dieses Hauses.

Wir Rheinbacherinnen und Rheinbacher müssen uns entscheiden, ob wir eine offene, dynamische Stadt bleiben wollen, in der wir auch in Zukunft gemeinsam Chancen für alle schaffen und Chancen für uns alle nutzen – oder ob wir uns im politischen Klein-Klein und in Einzelinteressen verlieren und damit den Blick für das große Ganze, für Rheinbach und seine Ortschaften, verlieren.

Wir müssen uns fragen, ob wir die Rahmenbedingungen für alle Rheinbacher gemeinsam schaffen wollen, damit jeder Mensch, der hier lebt, das Beste aus sich machen und für seine Familie und für unsere Gemeinschaft erreichen kann. Wir Sozialdemokraten wollen eine Stadt, in der ein gutes Leben für alle möglich ist: In der gute und schöne Wohnungen für alle bezahlbar sind, zur Miete ebenso wie als Eigenheim. In der moderne und umweltfreundliche Mobilität für jede und jeden leistbar ist und in der wir miteinander friedlich und selbstbestimmt zusammenleben. Wir wollen eine lebendige Stadt, wirtschaftlich dynamisch und kulturell attraktiv, für uns und für künftige Generationen. Wir wollen eine Stadt, in der wir allen Menschen neue Möglichkeiten eröffnen und zugleich Gutes und Bewährtes für alle erhalten.

Die Rheinbacher SPD steht auch für das Bekenntnis zu Fortschritt und Veränderung. Arbeit, Wohnen, gute Nachbarschaft, eine starke Wirtschaft, Sicherheit, Bildungschancen, Sport und Kultur, soziale Infrastruktur – es gibt viele Bereiche, die gemeinsames Handeln und neue Ideen von der Bürgergesellschaft mit all ihren Akteuren erfordern.

Und deshalb haben wir Sozialdemokraten – wie auch in früheren Jahren – unsere Bereitschaft zum Dialog mit den haushaltstragenden Fraktionen von CDU und FDP deutlich gemacht. Aber wie auch in früheren Jahren hatte das Gespräch in der sogenannten Arbeitsgruppe Stadtfinanzen in diesem Jahr mehr Alibi charakter, dafür aber noch weniger Substanz. Die fehlende inhaltliche Bereitschaft zum Dialog hat auch einen Namen: CDU. Wie in einer Endlosschleife erinnerte mich die Veranstaltung an einen Film – Titel etwas abgewandelt: „... und jährlich grüßt das Murmeltier.“ Vor mir sitzt die Fraktionsführung der CDU, auf dem Tisch liegt ein weißes Blatt Papier, das dann nach 20 Minuten wieder eingepackt wird. Früher war der Gesprächspartner männlich, aktuell ist er weiblich. Einziger Erkenntnisgewinn in 2019: Während der frühere Vorsitzende der CDU-Fraktion sich zumindest verbal beteiligt hat, beschränkte sich die aktuelle Fraktionsführung aufs Schweigen. Nach dem dünnen Wortbeitrag im Haupt- und Finanzausschuss lässt sich die verbale Nichtbeteiligung in der Arbeitsgruppe nachvollziehen. Dies sei ein Haushalt der Verwaltung und kein Haushalt der CDU und der FDP, hörten wir. Die CDU würde dem Haushalt zwar zustimmen, inhaltlich hätten sie damit aber nicht zu tun. Ich habe bisher selten eine so flache Kommentierung gehört. Der Erwidern unseres „grünen Kollegen“ Heribert Schiebener, diese Ausführungen seien eine Bankrotterklärung und ein politisches Armutszeugnis, ist nichts hinzuzufügen.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

die finanzwirtschaftliche Lage hat sich in unserer Stadt in den letzten Jahren leicht entspannt. Diese Entwicklung ist mit den massiven Steuererhöhungen, insbesondere beim Hebesatz der Grundsteuer B, teuer erkauft worden. Wir stimmen im Grundsatz der Zielbeschreibung zu, dass Rheinbach dauerhaft in den nächsten Jahren positive Abschlüsse erreichen muss, um damit die Entwicklungsmöglichkeit der Stadt nachhaltig zu sichern und die Voraussetzungen für zusätzliche Investitionen zu schaffen. Dabei ist es wichtig, Gebühren und Steuern nur dort zu erhöhen, wo es unvermeidbar, angemessen und zumutbar ist. Ausgabenkürzungen, die hauptsächlich die Schwächeren in unserer Stadt treffen würden, lehnen wir ab.

In diesem Zusammenhang seien mir wenige Anmerkungen zu dem Finanzgebaren von Bund und Land erlaubt.

Der Bundesfinanzminister plant, die Kostenerstattung für die Kommunen zur Flüchtlingsintegration zu pauschalisieren und in den nächsten Jahren deutlich abzusenken. Die SPD Rheinbach lehnt diese Pläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Flüchtlingsfinanzierung ab. Die Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen bleibt auch in den nächsten Jahren eine Mammutaufgabe für die Städte und Gemeinden. Deshalb muss es auch weiterhin dauerhafte und ausreichende Finanzierungszusagen von Land und Bund geben.

Auch in den nächsten Jahren ist mit hohen Ausgaben für die Integration und Versorgung von Asylbewerbern, anerkannten Flüchtlingen sowie geduldeten Flüchtlingen zu rechnen. Sei es durch die Kosten für dazu neu zu schaffendem Wohnraum, für Sprachkurse oder die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Deshalb ist es unverzichtbar, dass Land und Bund den Großteil der Kostenfinanzierung übernehmen.

Wir erwarten, dass das gemeinsame Bekenntnis zur Konnexität des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD auch eingehalten wird, und wenn die Ausgaben auf kommunaler Seite steigen, müssen auch die Erstattungen steigen.

Und wenn sich aktuell der NRW-Ministerpräsident lautstark mit Kritik am Bund zu Wort meldet, so ist dies aber völlig daneben. Ganz offensichtlich will er nur von seinen eigenen Ver-

säumnissen in NRW ablenken. Denn das Land selbst wird seiner Verantwortung zur Mitfinanzierung der Flüchtlingskosten nicht gerecht: Bereits im Dezember 2015 haben Land und kommunale Spitzenverbände vereinbart, die tatsächlichen Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen gutachterlich erheben zu lassen. Dieses Gutachten liegt bereits seit mehr als sechs Monaten vor und bisher gibt es kein konkretes Angebot des Landes an die Kommunen zu einer höheren Kostenbeteiligung.

Wir Sozialdemokraten fragen uns: „Wo bleibt die versprochene Anpassung der Höhe und Ausgestaltung der Flüchtlingspauschale? Wann bekennt sich das Land zu seiner Mitfinanzierungsverantwortung bei geduldeten Flüchtlingen? Warum wirkt der vollmundig angekündigte ‚Flüchtlingsstufenplan‘ der Landesregierung nicht? Denn immer noch werden den Kommunen Flüchtlinge zugewiesen, die nach dem Stufenplan der Landesregierung nicht mehr zugewiesen werden sollen (Stichwort: Bleibeperspektive).

Und deshalb klar und deutlich: Herr Laschet, machen Sie endlich Ihren Job in Düsseldorf, bevor Sie die Arbeit anderer bewerten.

Meine Damen und Herren,

Rheinbach und seine Ortschaften sind eine attraktive Stadt. Immer mehr Menschen wollen bei uns in Rheinbach leben. Wir müssen uns dafür stark machen, dass überall in der Stadt neuer Wohnraum entsteht. Die bisherigen Anstrengungen beim Wohnungsbau müssen weiter verstärkt werden. Mit der forcierten Ermittlung von Bauflächen sowie der schnelleren Genehmigung und Umsetzung von Bauvorhaben müssen wir sicherstellen, dass Wohnen in Zukunft für alle Rheinbacher bezahlbar werden muss.

Alle müssen in Rheinbach die Möglichkeit haben, ob Alleinerziehende, junge Familien, Senioren, eine Wohnung zu finden, gleich wie hoch das Einkommen ist. Deshalb benötigen wir dringend eine ausgewogene Mischung aus sozial gefördertem und frei finanziertem Wohnraum auf städtischen wie auch auf privaten Flächen. Die von uns erneut geforderte Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft mit dem Fokus auf kommunalen Wohnungsbau ist dabei ein Baustein, um politisch bei der aktuellen Fehlentwicklung im Wohnungsbau gegenzusteuern. Wir Sozialdemokraten werben weiter dafür, wohl wissend, dass es bei den noch bis 2020 herrschenden Mehrheitsverhältnissen in diesem Rat wahrscheinlich dafür keine Zustimmung geben wird, Wohnraumkonzepte mit einer verbindlichen 30 % Sozialquote zu verbinden. Wir müssen jede Chance nutzen, um zu bezahlbarem Wohnraum zu kommen.

Stadtentwicklungspolitik, meine Damen und Herren, hat einen Gestaltungsanspruch. Wir benötigen eine in die Zukunft gerichtete Stadtpolitik, die den Mut hat, die Weichen für die nächsten 10, vielleicht 20 Jahre zu stellen. Wir müssen weg kommen von Investoren getriebenen Planungen, die nur das einzelne Projekt im Blick haben. Es ist selbstverständlich, dass Investoren nicht die Stadt, sondern Gewinnmaximierung im Blick haben. Das ist aus deren Sicht nicht verwerflich und auch legitim. Aber wir als SPD Rheinbach sagen, dass wir den Blick für die Stadt im Hinterkopf haben müssen und nicht Investoren nach dem Mund reden sollten. Vor diesem Hintergrund gilt es auch, die aktuelle Diskussion zur Weiterentwicklung des Pallotti-Areals einzuordnen. So sinnhaft auch die Realisierung eines Jugendmedizinischen Zentrums in Rheinbach sein mag, so falsch ist jedoch der aktuell ausgewählte Standort. Nur weil die Stadt im Pallotti-Areal über ein eigenes Grundstück verfügt, muss dieses Grundstück nicht vorab überplant und möglichst gewinnbringend veräußert werden. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, dafür stehen jedenfalls die Sozialdemokraten, das kommunale Grundstück auf dem Pallotti-Areal für die Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten, um im Konsens mit dem Investor der deutlich größeren Restfläche bezahlbaren Wohnraum zu realisieren. Selbst wenn schon eine

Teilfläche des Pallotti-Areals unbedingt für ein Jugendmedizinisches Zentrum genutzt werden soll, so gibt es, das haben wir auch im Planungsausschuss deutlich gemacht, auf der Gesamtfläche eine andere sinnhaftere Standortmöglichkeit. Und dass wir Sozialdemokraten mit unserer kritischen Meinung zur bisherigen Standortentscheidung nicht alleine stehen, kann man in den Veröffentlichungen der G8-Gruppe in der CDU-Fraktion und ihren sogenannten Kompetenzteams in den Medien und den sozialen Netzwerken nachlesen. Inhaltlich sind wir da sehr nah beieinander. Deshalb macht es aus unserer Sicht auch wenig Sinn, Finanzmittel für eine Kanal- und Straßenerschließung für die nicht mehr für den Internats- und Schulbereich benötigten Flächen der Pallottiner schon im Haushalt 2019 vorzusehen, wenn die zukünftige Nutzung dieser Flächen in einem Bebauungsplan noch erst festgelegt werden muss. Mit einem rechtskräftigen Bebauungsplan ist im Jahr 2019 nicht zu rechnen.

Zu einer attraktiven Stadt, meinen Damen und Herren, gehört auch eine vorausschauende Verkehrspolitik. Die Entwicklung attraktiver, sicherer und nachhaltiger Mobilitätskonzepte ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die autogerechte Stadt, der Blick nur durch die Windschutzscheibe des Autos ist schon lange nicht mehr zeitgemäß.

Die unterschiedlichen Verkehrskonzepte in der Stadt müssen und sollen zusammengeführt werden. Auf die Schlussfassung des Masterplans Innenstadt warten wir noch immer. Zum Schluss muss dabei ein Verkehrsleitbild entstehen, das wir dringend für unsere Stadt benötigen. Ein bis heute fehlender Baustein in einem solchen Gesamtkonzept ist ein Radverkehrskonzept für die Stadt Rheinbach, das es bis heute nicht gibt. Ein solches Konzept für die Kernstadt wurde u. a. im Stadtentwicklungskonzept der Stadt Rheinbach von 2005, im Handlungskonzept Klimaschutz für die Stadt Rheinbach von 2010 und im Masterplan Innenstadt von 2017 für erforderlich gehalten. Der ADFC hat 2016 ein Radverkehrskonzept für die Kernstadt vorgelegt, das jedoch unter Verweis auf den Masterplan Innenstadt weder vom Rat noch vom Bürgermeister und der in seinem Auftrag handelnden Verwaltung behandelt wurde. Ein Radverkehrskonzept für die Stadt Rheinbach sollte deshalb jetzt endlich erstellt oder in Auftrag gegeben werden.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag zu bewerten, am Bahnhof Rheinbach eine ausreichend dimensionierte Fahrradabstellanlage zu errichten. Der Bahnhof Rheinbach ist im Übrigen auch eine regional zentrale Mobilstation im verbandsweiten Konzept des Nahverkehrs Rheinland für die Errichtung von Mobilstationen. Das Konzept verlangt für Mobilstationen u.a. ausreichend dimensionierte Fahrradabstellanlagen.

Zu berücksichtigen ist zudem, dass Fahrraddiebstähle in Rheinbach 2018 das Delikt mit der höchsten Fallzahl war. Die Polizei fordert als erste Maßnahme gegen Fahrraddiebstahl, entsprechende Fahrradständer zu installieren, an denen die Räder so angeschlossen werden können, dass ein Täter sie nicht wegtragen kann. Eine Fahrradabstellanlage, die diese Anforderungen erfüllt, gibt es am Rheinbacher Bahnhof aktuell nicht und sollte unverzüglich geschaffen werden.

Der Erhalt von Natur und Umwelt, meine Damen und Herren, ist für uns von zentraler Bedeutung. Sie ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt. Das vom Rat geforderte Grünflächenkataster lässt immer noch auf sich warten. Ein solches Kataster ist jedoch zwingende Voraussetzung, um eine sinnvolle Grünflächenplanung betreiben zu können. Ich denke, dass wir uns alle einig sind, dass wir unsere Grünflächen ökologisch sinnvoll aufwerten und insbesondere auf heimische Pflanzen setzen wollen.

Auch kleine Grünflächen sollten dafür genutzt werden. Das erhöht die Lebensqualität und ist ein wichtiger Baustein in der Klimapolitik. Flächen sollen entsiegelt und bepflanzt werden.

Dachbegrünung sollten wir entsprechend fördern. Unser Freizeitpark in der Kernstadt ist ein hohes Gut. Grün in der Stadt ist kein Luxus, sondern überlebenswichtig.

Unsere Grünanlagen müssen bearbeitet und gepflegt werden, unsere Kreisel an den Ortseingängen zur Kernstadt befinden sich teilweise in einem erbärmlichen Zustand. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, sind diese doch das Tor in die Stadt. Ich weiß um die Sponsoring Maßnahmen, aber sie reichen nicht aus, um ein attraktives Eingangstor für Rheinbach zu bilden.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

Investitionen in unsere Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft. Dieser Grundgedanke sollte also folgerichtig den Schwerpunkt unserer Vorhaben bilden, denn die Kindertageseinrichtungen und Schulen dienen mit als wesentlicher Standortfaktor für die Ansiedlung von Betrieben und auch für die Ansiedlung von verschiedenen Einkommensschichten der Bevölkerung, auf die wir angewiesen sind.

Die Gesamtschule Rheinbach ist seit ihrer Gründung ein Erfolgsmodell. Um erfolgreich zu sein, benötigt die Schule aber auch eine angemessene bauliche Ausstattung an Räumen. Für die Erteilung des Sportunterrichts nutzt die Gesamtschule u. a. Turn- und Sporthallen in der Villenuever Straße und am Dederichsgraben. Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport im Oktober 2018 ist diskutiert worden, ob die vorhandenen Sportflächen ausreichend dimensioniert und von Größe und Ausstattung her den schulischen Anforderungen entsprechen. Die Schulleitung der Gesamtschule Rheinbach hat in dieser Sitzung des Fachausschusses nachvollziehbar dargelegt, dass die für die Erteilung des Sportunterrichtes maßgeblichen Normen für den kommunalen Sportstättenbau nicht bei allen von der Schule genutzten Hallen gegeben sind. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie sind bereits Planungen über den Neubau einer Einfeldturnhalle dargestellt worden. Wir Sozialdemokraten wollen heute im Grundsatz hierzu einen Beschluss fassen und ein positives Signal an die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer senden.

Wir sehen in einem solchen Grundsatzbeschluss auch keine Vorwegnahme zu unserem Antrag, für Rheinbach eine Sportstättenplanung auf den Weg zu bringen. Viel zu lange fand Planung nur auf Zuruf statt. Der gesellschaftliche Wandel, die veränderte Sportnachfrage und die Finanzen der Kommunen lassen es heute mehr denn je notwendig erscheinen, sich auch planerisch intensiv mit dem System „Sport“ auseinanderzusetzen. Die Sportstättenentwicklungsplanung soll dabei als wichtiges Steuerungsinstrument für anstehende strategische Entscheidungen im Bereich des Sports dienen. Sie ist Entscheidungsbasis für Sanierung, Modernisierung, Schließung oder Neubau von Sportanlagen.

Angesichts der demografischen Lage unseres Landes, meine Damen und Herren, und der sich zuspitzenden sozialen Schieflage sind die Investitionen in Schule, Bildung und Sport dringend geboten, um uns für die Zukunft wieder als führender Bildungsstandort zu etablieren und sozialen Verwerfungen präventiv zu begegnen.

Schulgebäude und Schulformen machen aber alleine wiederum auch noch keine gute Schule, dazu gehört der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit. Schülerinnen und Schüler sehen sich ständig neuen Auseinandersetzungen und Bedingungen innerhalb der Schule sowie auch im privaten Bereich konfrontiert. Deshalb wird die Schulsozialarbeit immer wichtiger. Auch die Komplexität von Erziehung und Bildung stellt eine wesentliche Begründung für eine Ausweitung der Sozialarbeit an Schulen da.

Die gelebte Integration und Inklusion sind die zentralen Aspekte an denen sich eine Gesellschaft, gerade auch eine kommunale Gemeinschaft, zu messen hat. An diesen Punkten wird sichtbar, ob ein wirkliches Miteinander gelebt wird. Oftmals sind es die einfachen, schon fast banalen Alltagsbeschäftigungen, die für Menschen ohne Beeinträchtigung als ganz selbstverständlich angesehen werden - die aber für Menschen mit Handicap leider häufig mit großen Barrieren versehen sind und so eine Teilhabe unmöglich machen.

Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass man zu unserer Stadt steht und auch bereit ist, sich ehrenamtlich in und für unsere Stadt einzusetzen und einzubringen. Im Gegenzug dazu erwartet man aber auch eine entsprechende Wertschätzung und Hilfen seitens der Stadt, wenn es notwendig ist, dies sowohl in ideeller, als auch in machbarer und vertretbarer finanzieller Form. Die SPD schätzt das Ehrenamt schon immer als einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag in eigener Verantwortung. Müsste der Staat bzw. seine Gliederungen, wie auch unsere Stadt, diese Aufgaben übernehmen, sehe man sich sicherlich außer Stande, diese zu erfüllen, sowohl in personeller aber auch in finanzieller Hinsicht.

Auch in finanziell schwierigen Zeiten bekennen wir uns ausdrücklich zu den Leistungen der Vereine, Institutionen und des gesamten Ehrenamts. Unser Ziel war und wird es auch künftig sein, die kommunale Förderung auf einem Niveau zu halten und auszubauen, die den Vereinen und Ehrenamtlichen Planungssicherheit für ihre weitere Arbeit gibt.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

gute öffentliche Leistungen können nur von einer gut aufgestellten öffentlichen Verwaltung erbracht werden. Wir schätzen die hohe Leistungsbereitschaft und Fähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung. Sie leisten ihren Beitrag für eine bürgernahe Daseinsversorgung.

Der Sparzwang am Personal ist und war nicht zielführend. Das geht zu Lasten von Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung, Friedhof, Bauverwaltung und vielem mehr. Für die Entwicklung unserer Stadt ist daher eine starke und effektive Verwaltung in allen Bereichen von zentraler Bedeutung. Die Wertschätzung des städtischen Personals ist für uns selbstverständlich. Dazu gehört für uns ausreichend Personal in allen Fachbereichen, angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen, die die Stadt als Arbeitgeber wieder attraktiv machen. Wir brauchen Vielfalt im Personal, zudem sollten wir Vorbild sein für die Wertschätzung jedes Individuums.

Unsere Stadt schafft neue Herausforderungen. Diese können wir nur bewältigen mit Tatkraft, mit Ideen und in der Überzeugung, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität die Voraussetzungen dafür sind aus einer wachsenden Stadt eine soziale Stadt der Zukunft zu machen.

Wir setzen Schwerpunkte und müssen Schlüsselprojekte für die kommenden Jahre benennen. Wir werben um Vertrauen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen auch weiterhin mithelfen, eine positive Entwicklung unserer Stadt voranzutreiben: Bewährtes bewahren, Neues wagen und beherzt die großen Chancen unserer Stadt ergreifen. Wir wollen Politik für alle Menschen gerecht gestalten. Zusammen mit allen, die es gut meinen mit unserer Stadt, wollen wir Rheinbach und seine Ortschaften lebenswerter, schöner, innovativer, sicherer, umweltfreundlicher und sozialer machen.

Im Namen der SPD Fraktion bedanke ich mich bei den vielen Rheinbacher Institutionen, Initiativen, Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr Engagement und ihre Anregungen die Stadt unterstützen.

Ein herzliches Wort des Dankes gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, dem Eigenbetrieb und ihrer Gesellschaftern für ihre engagierte und kompetente Arbeit zum Wohle unserer Heimatstadt Rheinbach.

Ein besonderes Dankeschön unserem Stadtkämmerer Kohlosser und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit am Haushalt 2019.

Wir stimmen heute abschließend über die Anträge der SPD im Rahmen der Haushaltsberatungen ab. Hier wird sich zeigen, ob es eine Grundlage für eine Zustimmung zum Haushalt geben kann. Auch ohne ein besonderer Prophet zu sein, nehme ich an, dass Sie mit Stimmen aus der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2019 nicht rechnen können.

Ich schließe mit einem Zitat von Voltaire: „Wir sind verantwortlich für das, was wir tun und auch für das, was wir nicht tun.“ Bewegen Sie sich, liebe haushaltstragende Fraktionen, auf Ihre politischen Mitbewerber zu: Zum Wohle der Stadt Rheinbach.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.